

§ 5 Anforderung an die Kandidaten zu öffentlichen Wahlen

Antragsteller:

Landesvorstand Bayern

Vorwort

Der Landesvorstand Bayern schlägt folgende Anpassungen/Ergänzungen der Wahlordnung vor:

§ 5 Anforderungen an die Kandidaten zu öffentlichen Wahlen

(1) Führungszeugnis

Jeder Bewerber um eine Kandidatur für ein politisches Mandat soll der Versammlungsleitung ein polizeiliches Führungszeugnis, das nicht älter als drei Monate ist, vorlegen. Der Bewerber soll zudem eine Erklärung vorlegen, ob in den letzten 20 Jahren Verurteilungen zu einer Freiheitsstrafe erfolgt sind. Der Versammlungsleiter hat der Versammlung vor der Vorstellung des Kandidaten über Eintragungen in das Führungszeugnis oder der Erklärung nach Satz 2 zu berichten. Über den Inhalt der Eintragung hat der Versammlungsleiter ohne Zustimmung des Kandidaten nicht zu berichten.

(2) Mitgliedschaft in Parteien und politischen Organisationen

Die Bewerber um eine Kandidatur für ein Mandat haben der Versammlungsleitung eine Erklärung vorzulegen über ihre frühere Mitgliedschaft in anderen Parteien und frühere oder bestehende Mitgliedschaften in politischen Organisationen, die in der Unvereinbarkeitsliste nach Bundes- oder Landessatzung aufgeführt sind. Der Versammlungsleiter muss die Erklärung der Versammlung spätestens bei der Vorstellung zur Kenntnis bringen.

(3) Erklärung zu Ordnungsmaßnahmen

Der Bewerber um eine Kandidatur hat der Versammlungsleitung eine Erklärung vorzulegen über frühere oder laufende Ordnungsmaßnahmen in der AfD oder einer anderen Partei.

(4) Erklärung zu Nebentätigkeiten und Lobbyismus

Ferner hat der Versammlungsleiter zu berichten, ob der Kandidat die erforderliche Erklärung nach § 19 der Bundessatzung vorgelegt hat. Vor einer erneuten Kandidatur muss der Kandidat seine veröffentlichten Anzeigen über Nebentätigkeiten gemäß den Vorschriften des Bayerischen Landtages beziehungsweise des Deutschen Bundestages vorlegen.

(5) Auskunftserteilung beim Verfassungsschutz

Jeder Bewerber um eine Kandidatur für die Landesliste zur Bundestagswahl soll eine Auskunftserteilung beim Verfassungsschutz beantragen und diese Auskunft, die nicht älter als drei Monate ist, dem Versammlungsleiter vorlegen. Der Versammlungsleiter hat der Versammlung vor der Vorstellung des Kandidaten über die Auskunft des Verfassungsschutzes zu berichten.¹

¹ Diese Anforderung wurde am 28.01.17 auf der Landesvorstandssitzung beschlossen. Eine Erläuterung/Begründung folgt zeitnah.